# Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

## Amtsblatt für den Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

## Anzeiger

für Hohenstein-Ernstthal und Hüttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Rüsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Gerhardsberg, Grumbach, Tirschheim, Kuhschnappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grüna, Mittelursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißa und Kuhdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 2.85 Mk., monatlich 95 Pfg. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamte vierteljährlich 2.85 Mk., monatlich 95 Pfg., frei ins Haus vierteljährlich 3.37 Mk., monatlich 109 Pfg. Für die Aufgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 3. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die 5spaltige Zeile oder deren Raum 30 Pfg., auswärts 30 Pfg., im Reklameteil 60 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck entsprechender Nachlaß. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Beschwerderecht aus. Für zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt jeder volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Ansatz.

Nr. 31 — Bank-Konto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz. — Freitag, 7. Februar 1919. — Postscheck-Konto: Leipzig 22464. — 69. Jahrg.


## Der Aufmarsch der Parteien in Weimar.

Im Laufe des Mittwoch ist der Aufmarsch der Parteien vollendet worden. Verschiedene Fraktionen haben in Berlin schon Sitzungen abgehalten, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die, wie bereits gemeldet, vorgestern während des ganzen Tages beriet und auch gestern ihre Sitzung nicht hat beenden können.

Im einzelnen ist aus den Fraktionssitzungen folgendes zu berichten:

Die Deutschnationale Volkspartei hat sich im „Erbprinzen" als Fraktion konstituiert. Die Leitung der Fraktion ist dem Grafen v. Posadowsky als Alterspräsidenten übertragen worden. Die Fraktion wird ihre Stellung zu den schwebenden Fragen in der Nationalversammlung in einer größeren Programmrede darlegen und in den Vordergrund stellen den Gedanken des Nationalstaates und des Rechtsstaates. Sie erhebt Einspruch gegen die völkerrechtswidrige Abtrennung des deutschen Elsaß-Lothringen vom Reiche und fordert zu einem nachdrücklichen Schutze der deutschen Ostmark auf. Des weiteren wurde ausdrücklich erörtert die Stellung der Fraktion zu den Kolonialfragen und zum Entwurf über die vorläufige Reichsgewalt. Es ist anzunehmen, daß die Fraktion einer vorläufigen Regelung der Verfassungsfrage nicht widersprechen wird. Bestimmte Beschlüsse sind jedoch in dieser Hinsicht noch nicht gefaßt.

Die Deutsche Volkspartei hat ihre erste Sitzung im „Hotel Mende" abgehalten. Dr. Heinze wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind Dr. Stresemann und Geheimrat Rießer. Die Fraktion ist heute um 11 Uhr zum Volksbeauftragten Ebert geladen.

In der Fraktionssitzung der Sozialdemokratischen Partei wurde zum ersten Vorsitzenden der Fraktion Dr. David vorgeschlagen. Die Fraktion hat das Notgesetz über die vorläufige Reichsgewalt, das als Ergebnis aus den Beratungen der bundesstaatlichen Volksbeauftragten in Berlin hervorgegangen ist, ohne eine Abänderung angenommen. Sie wird als Präsidenten der Nationalversammlung den Abgeordneten Hildenbrandt vorschlagen. Hildenbrandt leitet bekanntlich seit dem Jahre 1913 in Hamburg die Sozialdemokratische Volksversicherung. Er gehörte früher wiederholt dem Reichstage an und hat sich auch im württembergischen Landtag betätigt. Lange Jahre hindurch stand Hildenbrandt an der Spitze der württembergischen Organisation der Sozialdemokratie, bis er durch die Hetzereien der damaligen Radikalen verdrängt worden ist. Den Verhandlungen der Fraktion wohnte der Abgeordnete Schäfer aus Wien bei. Er gab der Freude Deutsch-Oesterreichs Ausdruck über die Möglichkeit inneren Zusammenschlusses und gemeinsamer Arbeit.

### Die Eröffnungsfeierlichkeiten.

Aus Weimar, 5. Febr., wird gemeldet: Die Eröffnung der Nationalversammlung wird in Weimar festlich begangen werden, am heutigen Abend mit der Aufführung von Goethes „Iphigenie" durch Mitglieder des ehemaligen Weimarerer Hoftheaters. Am Donnerstag finden Gottesdienste in der evangelischen und der katholischen Kirche statt. Bei Beginn der Nationalversammlung werden die Glocken aller Kirchen der Stadt läuten. Zu Ehren des Tages werden sämtliche Häuser Fahnen- und Flaggenschmuck zeigen. Die Mitglieder des diplomatischen Korps in Berlin, also die zurzeit in Berlin weilenden Vertreter der neutralen Staaten, werden morgen früh mit einem Extrazug Berlin verlassen, um der Eröffnungsfeier in Weimar beiwohnen zu können.

### Deutsch-Oesterreich in der Nationalversammlung.

Eine besonders feierliche Ausgestaltung der Beratungen der deutschen Nationalversammlung verspricht man sich in parlamentarischen und Regierungskreisen von dem Empfang der deutsch-österreichischen Abordnung in der Nationalversammlung. Man nimmt an, daß außer dem Präsidenten und der Regierung auch die Mehrzahl der Fraktionen bei dieser Gelegenheit Redner vorschicken werden, die für die Lösung der großdeutschen Fragen besonders stimmungsvolle Worte finden dürften. Der Ausfall der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung hat bekanntlich die Geneigtheit zum vorbehaltlosen Anschluß an die deutsche Republik bei den Deutsch-Oesterreichern erheblich verstärkt. Auch die Tiroler dürften ihr besonderes Verhältnis zu Bayern — abgesehen vielleicht von Vorarlberg — diesen großdeutschen Gedanken unterordnen.

•

**Weimar, 6. Febr. Die sozialdemokratische Fraktion beschäftigte sich gestern mittag mit den Bremer Vorkommnissen. Nach eingehenden Darlegungen Noskes wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Die Fraktion nimmt von den Mitteilungen über die Vorgänge in Bremen Kenntnis und billigt das Verhalten der Reichsregierung."**

**Weimar, 6. Febr. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brockdorff-Rantzau wird in einer der ersten Sitzungen der Nationalversammlung eine Rede über die auswärtige deutsche Politik halten und für einen baldigen endgültigen Frieden auf der Grundlage der Verständigung und der Wilsonschen Grundsätze eintreten.**

## Die Abdankung des Zentralrats.

**Der Zentralrat übergibt seine Machtbefugnisse mit folgender Kundgebung an die deutsche Nationalversammlung:**

### An die deutsche Nationalversammlung in Weimar.

**1. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs hat schon vor der Revolution das gebieterische Bedürfnis erkennen lassen, das Reich zu einem Einheitsstaat umzugestalten.**

**2. Die Revolution der Arbeiter und Soldaten hat dieses Bedürfnis in vollem Umfange bejaht und die Beseitigung aller einzelstaatlichen Hemmungen für die politische, wirtschaftliche und soziale Innen- und Außenentwicklung der Deutschen Republik als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erklärt, nachdem die preußische Vorherrschaft beseitigt worden ist.**

**3. Die planvolle Verwertung der revolutionären Organisationen (Arbeiter- und Soldatenräte) bei der endgültigen Gestaltung der sozialen Republik als einheitlich wirkender Kräfte für den gesamten Neuaufbau Deutschlands hat die Richtung auf den Einheitsstaat ebenfalls zur unumgänglichen Voraussetzung.**

**4. Neuerdings erheben die früheren Bundesstaaten, die jetzigen Freistaaten, wiederum so starke Ansprüche auf einzelstaatliche Hoheitsrechte in der neuen Republik — und zwar nicht nur für die vorläufige, sondern auch für die endgültige Reichsverfassung —, daß die Entwicklung zum Einheitsstaat ernstlich gefährdet erscheint und die möglichst rasche Erholung von Schlägen des Weltkrieges, und des wahrscheinlichen Friedensvertrags durch einzelstaatliche Zersplitterung verhindert zu werden droht.**

**5. Neben der Eingliederung der Arbeiter- und Soldatenräte in die künftige Reichsverfassung zur Verstärkung der Arbeitervertretung und ihrer Produktionsinteressen sowie zur volkstümlichen Gestaltung des Wehrwesens erscheint es deshalb zunächst als die wichtigste Aufgabe der A.- und S.-Räte ganz Deutschlands, die schädliche Wiedererstarkung einzelstaatlicher Hoheitsrechte, die über die Geltendmachung landmannschaftlicher Selbstverwaltungs- und Kulturinteressen hinausgeht, auf das entschiedenste zu bekämpfen und alle Kraft dafür einzusetzen, daß die Verfassungsarbeit in Weimar die gebotene Richtung auf den deutschen Einheitsstaat nimmt.**

**6. Der Reichs-Nationalversammlung liegt es ob, den Neuaufbau Deutschlands in politischer und wirtschaftlicher Beziehung vorzubereiten sowie die territoriale Neugliederung des ganzen deutschen Gebietes vorzunehmen. Sie darf darin von keiner anderen Körperschaft insbesondere nicht von den Landesnationalversammlungen beschränkt werden.**

**7. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichskongreß der A.- und S. Räte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten jeglichen Erfolg zum Glück und zum Heil des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen Deutschen Reich vereinigten deutschen Stämme.**

**8. Der Zentralrat wird die ihm übertragenen Befugnisse, insbesondere die ihm durch das neue Gesetz, betreffend Regelung der Kommandogewalt überwiesene Stellung als oberster Berufungsinstanz für die Soldatenräte so lange ausüben, bis die Nationalversammlung diese Befugnisse einer anderen Körperschaft übertragen hat.**

**Der Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik.**
**gez. Max Cohen.**

## Der Kampf um Bremen.

Der Kampf um den Besitz von Bremen ist am Dienstag mit voller Wucht entbrannt und am Abend durch Besetzung der wichtigsten Teile der Stadt durch die Regierungstruppen zu einem vorläufigen Abschluß gebracht worden.

Am späten Abend des Montag war nochmals eine Deputation aus Bremen, Bremerhavener, Oldenburger und Hamburger Vertreter im Hauptquartier in Verden eingetroffen. Es war jedoch nicht möglich, zu einer Uebereinstimmung zu gelangen. Die Deputation kehrte nachts 11½ Uhr nach Bremen zurück mit dem Eindruck, daß die blutige Auseinandersetzung unvermeidlich sei. Am frühen Morgen des Dienstag setzte sich dann die Division Gerstenberg, die die Stadt in einem großen Bogen von allen Seiten eingeschlossen hatte, in Bewegung. Die Truppen standen durchschnittlich in einer Entfernung von etwa 15 Kilometer vom Stadtinnern. Der Aufmarsch vollzog sich etwa in der Linie Arsten—Kattenturm—Moordeich—Kirchhuting auf dem linken Weserufer und Mahndorf—Borgfeld—Blockland auf dem rechten Ufer. Von Horn her hörte man in den frühen Vormittagsstunden Maschinengewehrfeuer, das bald von allen Seiten einsetzte. Sehr bald trat auch die Artillerie in Tätigkeit. Der Kampf entbrannte von 10 Uhr ab mit voller Wucht. Auf Seiten der Regierungstruppen focht mit großer Tapferkeit das Bremer Freiwilligenkorps unter Major Caspari. Es kam nach mehreren kleineren Gefechten um 11 Uhr bei Huckelriede an, wo sich ein lebhaftes Feuergefecht entspann. Die Kolonnen säuberten das ganze linke Weserufer, sicherten so ihre rechte Flanke und rückten in den Buntentorsteinweg ein. Um 1 Uhr mittags stand das Korps an der kleinen Weserbrücke. Weiter nördlich machte die Division Gerstenberg Fortschritte. Sie war am frühen Nachmittag nahe der Kaiserbrücke. Um 1 Uhr mittags waren die Regierungstruppen im Besitze fast der ganzen Neustadt. In der Stadt hörte man unaufhörlich das Geknatter der Gewehre, den Lärm der Maschinengewehre und die Detonationen der Granaten und Handgranaten.

Von Osten her zogen die Regierungstruppen gegen 5 Uhr nachmittags in die Osterstraße ein. Sie standen um 5½ Uhr an der Domshalde beim Hauptpostamt. Auf dem Marktplatz schlugen in kurzen Zwischenräumen Schrapnells und Minen ein. Die Börse erhielt einen Volltreffer. Der nördliche Domturm wurde beschädigt. Das große Gebäude des kaufmännischen Vereins „Union" wurde durch 15 Granaten stark beschädigt. Um 5½ Uhr gelang es dem Freiwilligen-Korps Caspari sich den Uebergang über die große Weserbrücke zu erzwingen. Fast gleichzeitig kamen die Regierungstruppen auf dem Marktplatz an. Rathaus und Börse wurden gesäubert. Um 6½ Uhr läuteten die Domglocken zur Feier des Einzuges der Truppen. Das Parkviertel war gleichfalls um 5½ Uhr stürmend gesäubert worden. Der Bahnhof wurde von den Regierungstruppen besetzt. Immer aber ging noch der Kampf um die Kaiserbrücke. In dem Gebäude der Sparkasse hatten sich Arbeiter eingenistet. Sie eröffneten aus allen Stockwerken heftiges Gewehrfeuer auf die Brücke, das von den Regierungstruppen lebhaft erwidert wurde. Das Maschinengewehr- und Artilleriefeuer ging noch stundenlang weiter.

Vom Brill aus unterhielten die Arbeiter zeitweise ein lebhaftes Gewehrfeuer gegen die Hutfilter- und Oberstraße, wo an der Ecke Sögestraße die Regierungstruppen standen. Allmählich aber verstummte das Feuer und gegen ½9 Uhr war es gänzlich eingestellt. Die Arbeiter zogen sich in die westliche Vorstadt zurück.

Die bremische Regierung hatte bereits am Mittag die Nutzlosigkeit des Widerstandes eingesehen und die Einstellung des Kampfes befohlen. Die Arbeiter leisteten dem aber nicht Folge und setzten den Kampf fort. Eine zweite gleiche Forderung hatte denselben Mißerfolg. Abends erschien dann die Proklamation von Oberst Gerstenberg, daß er den Oberbefehl in Bremen übernommen habe und die Erklärung der neuen Mehrheitssozialisten-Regierung über die Verhängung des Belagerungszustandes. Die Proklamation hatte folgenden Wortlaut:

„An die Einwohner Bremens! Die Division Gerstenberg ist im Auftrage der Reichsregierung eingerückt. Ich habe den Oberbefehl in Bremen übernommen und meine Aufgabe ist es, das Leben und Eigentum der friedlichen Einwohner zu schützen. Helft uns dabei! An diesen unruhigen Tagen bleibe jeder nach Möglichkeit zu Hause. Vermeidet Ansammlungen auf der Straße, seht in den Soldaten der Division Eure Beschützer, deren Arbeit dem Wohle Bremens und seiner Einwohner gilt.

Oberst und Kommandeur der Freiwilligen-Division
gez. Gerstenberg.

Unter Bezugnahme der vorstehenden Bekanntmachung verhängen wir hierdurch den Belagerungszustand über die Stadt Bremen und das Landgebiet.

Die provisorische Regierung.

Die provisorische Regierung hat ferner noch zwei Aufrufe erlassen. In einem wird aufgefordert, dazu beizutragen, daß eine Schutztruppe für Bremen gebildet und der Sicherheitsdienst verstärkt wird. Im zweiten Aufruf wird die Einberufung einer bremischen Nationalversammlung versprochen. Die Freiheit der Presse, der Person, Sicherheit des Eigentums wird gewährleistet. Es werden alle Einwohner aufgefordert, zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit beizutragen.

Am Mittwoch haben keine Kämpfe stattgefunden. Es heißt, daß die Kommunisten die Weserwerft geräumt und sich nach Oldenburg zurückgezogen hätten, doch steht eine amtliche Bestätigung noch aus. Die Straßenbahnen verkehren nicht und der Telephonverkehr nach auswärts ist größtenteils gestört. Die Schulen sind geschlossen und die Straßen bieten teilweise ein wildes Bild der Verwüstung. Viele Fensterscheiben, Schaufenster und Schilder sind zerschossen und Balkons beschädigt. Im allgemeinen herrscht reges Leben auf den Straßen. Die Leute sehen sich die nächtlichen Kampfstellen an und besprechen die Ereignisse. Der Markt ist abgesperrt. Es stehen noch zwei Kanonen auf dem Markt.

Bisher wurden in verschiedenen Krankenhäusern Bremens 30 Toten und 100 Verwundete eingeliefert. Das Kampffeld wird nach weiteren Opfern abgesucht. Die Gesamtzahl wird sich sicher noch bedeutend erhöhen. Bei der Säuberung der Stadt sind weitere Kämpfe im Hafenviertel zu erwarten. Besonders schwer werden naturgemäß die Kämpfe bei der A.-G. Weser werden, da sich dort die Spartakisten stark verschanzt haben.

•

**Bremen, 6. Febr. Gestern mittag ist die Weser-Werft Aktien-Gesellschaft ohne Widerstand der Spartakisten besetzt worden. Damit ist auch der ganze übrige Rest der Stadt Bremen, wo sich die Spartakisten noch hielten, von den Truppen der Division Gerstenberg besetzt wor-**